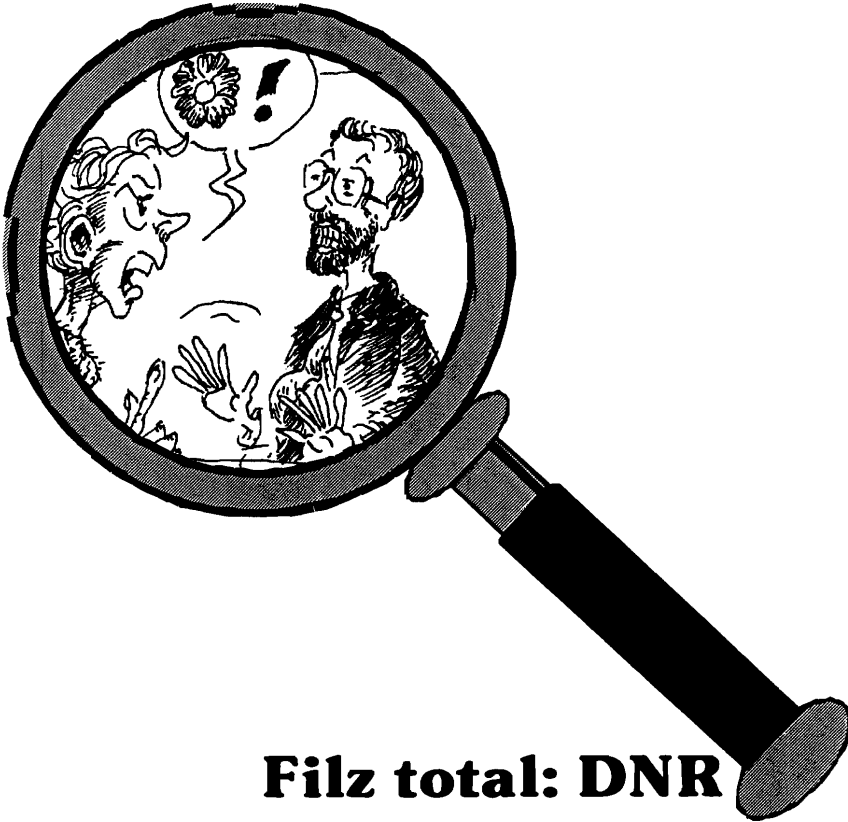


Reihe:

**Agenda, Expo, Sponsoring -
ein Blick in den Naturschutzfilz**

Autor: Jörg Bergstedt



**Filz total: DNR
und anderDachverbände**

1 Mark

Impressum

Diese Broschüre ist die Kurzfassung eines Kapitels für das Buchprojekt "Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz".

Autor: Jörg Bergstedt

ISBN: 3-88939-613-5 (39,80 DM).

Das Buch erscheint im April 1998. Das hier gekürzt wiedergegebene Kapitel beschreibt den DNR, die AGU und andere Dachverbände als Kungelclubs zwischen UmweltschützerInnen und den Mächtigen dieses Landes.

Das Buch insgesamt behandelt zudem die Verknüpfungen mit dem Staat, den Medien sowie viele weitere Aspekte, die erklären, warum Umweltschutzgruppen nicht mehr unabhängig arbeiten.

Grundlage ist ein umfangreiches Archiv. Alle Behauptungen sind durch Unterlagen aus diesem Archiv beweisbar.

Stand: Oktober 1997

Subskriptionspreis bis 1.4.: 32,- DM!

Abkürzungen

Folgende Abkürzungen tauchen im folgenden Text immer wieder auf:

AGU: Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, ein Verband, der ausschließlich dafür gegründet wurde, Gesprächsrunde zwischen Staat, Wirtschaft, UmweltschützerInnen und weiteren Gruppen zu organisieren.

BBU: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz

BUND: Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland

DNR: Deutscher Naturschutzring (Dachverband der großen Umweltverbände mit Ausnahme von Greenpeace)

NABU: Naturschutzbund Deutschland (vormals: Deutscher Bund für Vogelschutz)

NZH: Naturschutzzentrum Hessen

ÖDP: Ökologisch-demokratische Partei (die "rechten Grünen")

WWF: Worldwide Fund for Nature, internationaler Umweltverband

Die Broschüren-Reihe insgesamt:

Nr. 1: Großkonzerne und Umweltverbände auf Schmusekurs	1,- DM
Nr. 2: Filz zwischen Staat und Umweltschutz	1,- DM
Nr. 3: Anders leben = Anbiedern und labern?	1,- DM
Nr. 4: Jugendumweltbewegung heute	1,- DM
Nr. 5: Kurzportraits der Umweltverbände	1,- DM
Nr. 6: Verden: Ein klassischer Etablierungsprozeß	1,- DM
Nr. 7: Filz total: DNR und andere Dachverbände	1,- DM

Versand: Plus 3,- DM Porto pro Bestellung beim Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.

Filz total: Deutscher Naturschutzring, Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen und andere Dachverbände

4.11.1997 in Bonn: Der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Prof.Dr. Wolfgang Engelhardt feiert seinen 75-jährigen Geburtstag. Das ist eine öffentliche Veranstaltung wert. Alle wichtigen FreundInnen des obersten Umweltschützers dieser Republik kommen und halten Reden. Den Anfang und das Ende, damit aber auch die Hauptteile der RednerInnenliste, bilden zwei ganz besondere Bekannte: Umweltministerin Angela Merkel und Bundeskanzler Helmut Kohl. Nicht auf der RednerInnenliste und auch gar nicht geladen: UmweltschützerInnen der Basis, Menschen, die sich vor Atomzüge setzen oder Baukräne an Autobahnstellen besetzen, um gegen die Politik von Kohl/Merkel und anderen zu protestieren.

4.11.1997 in Geesthacht und anderen Orten: Während Kohl, Merkel, Weinzierl (BUND-Chef), Miller (Grüne Liga) und weitere Großkopferte in Bonn einander lobhudeln, wird der Krümelcastor durch Land geprügelt. Viele Proteste, Polizeiprügel und Festnahmen prägten den Tag entlang der Bahngleise. Am gleichen Tag, an unterschiedlichen Orten: Unabhängige und etablierte UmweltschützerInnen demonstrieren, wo sie jeweils stehen.

Die Geburtstagsfeier für den DNR-Chef ist keine Besonderheit in den oberen Etagen des Umweltschutzes: Auf vielen Ebenen ist Kungel und Filz der Alltag des Umweltschutzes. Widerstand gibt es nur noch örtlich. Bundesweit regieren angepaßte Verbände oder Dachverbände. Letztere stellen die Steigerung der schon in den Umweltverbänden spürbaren Basisferne, Bürokratie und Staatsnähe dar.

Deutscher Naturschutzring

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist eine schwerfällige, zu konkreter Aktion fast gänzlich unfähige Organisation. Dieses wird durch die innerverbandliche Hierarchie und Bürokratie hervorgerufen sowie durch das Verhalten von BUND, Naturschutzbund und WWF verschlimmert, die vor allem ihre eige-

nen Verbandsinteressen in den Vordergrund stellen.

Zudem aber hat der DNR eine gefährliche Staatsnähe. Parteimitglieder oder andere, mit Staat bzw. Wirtschaft liierte Personen dominieren den Vorstand. Wenn der DNR einmal aktiv wird, orientiert er sich an Aktionen, die eher pompös wirken und statt der Naturschutzbasis große Firmen und bekannte PolitikerInnen ansprechen.

In Sinne eines aktiven und unabhängigen Natur- und Umweltschutzes wirkt der DNR nicht.

Geschichte und Ziele

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) wurde 1950 gegründet, angestossen vor allem von der Bundesanstalt für Naturschutz, also einer Behörde. Erst im Laufe der Zeit entstand der Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, wie er sich auch heute darstellt.

Seit 1968 regiert Prof. Wolfgang Engelhardt den Verband, rund um sich versammelt er im Vorstand vor allem Spitzenfunktionäre der großen Umweltverbände (BUND, Naturschutzbund usw.) sowie einige weitere.

Was der DNR eigentlich soll, ist unklar. Unstrittig war immer der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden bzw. die Informationsweitergabe von Berichten z.B. aus dem staatlichen Naturschutz. Dieser Funktion kommt der DNR nach besten Kräften nach, aber seine Hände sind teilweise gebunden. Vor allem die großen Umweltverbände sehen den DNR teilweise als Konkurrenz und degradieren ihn zu einem Verwalter niederrangiger Aufgaben.

Ein zweites Ziel, die politische Lobbyarbeit, ist in der langen Geschichte gänzlich gescheitert. Das hat zwei Gründe. Zum einen, wie schon erwähnt, haben einige Umweltverbände kein Interesse an einem "starken" DNR. Zum zweiten ist der DNR alles andere als eine unabhängige Einrichtung. Er erhält regelmäßige Förderungen durch das Bundesumweltministerium (vorher Landwirtschaftsministerium), seine Spitzenfunktionäre sind überwiegend Parteimitglieder und unter seinen Mitglieder gibt es viele, die den Naturschutz gar nicht als wesentliches Ziel verfolgen.

Der DNR hat etwas als 100 Mitgliedsgruppen, die zusammen ca 3 Mio. Mitglieder repräsentieren.

Struktur und Mitglieder

Der Deutsche Naturschutzring ist ein Verband, kein Netzwerk. Das schafft enorme Probleme. Projektgruppen oder Arbeitskreise, sollten sie überhaupt gebildet werden, müssen sich ständig die Rückendeckung des Vorstandes oder gar der Mitgliederversammlung einho-

len. Bürokratie und Hierarchie verhindern eine effektive Arbeit.

Unter den Mitgliedern gibt es drei Gruppen. Etliche Verbände stellen überhaupt keine Naturschutzverbände dar, sondern sind überwiegend Interessenvertreter von NaturnutzerInnen, z.B. WandererInnen, KanutInnen, ReiterInnen, Fotografinnen, SporttaucherInnen usw. Diese Gruppe steht politischen Aktivitäten regelmäßig skeptisch oder ablehnend gegenüber. VertreterInnen dieser Verbände waren regelmäßig auch im Vorstand vertreten, z.B. zur Zeit eine Vertreterin der Reiterlichen Vereinigung. Gegenüber früheren Jahren ist der Einfluß dieser Gruppen dennoch etwas zurückgegangen, weil große Verbände wie z.B. der Jagdverband nach Protestaustritten anderer Gruppen (Bund gegen den Mißbrauch der Tiere, BUND) den DNR verlassen haben. In den 80er Jahren noch war es normal, daß DNR-Vorständler aus diesen Naturnutzervereinen öffentlich z.B. für den Bau von Autobahnen eintraten (z.B. der ehemalige CDU-Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, Konrad Schubach, der während seiner DNR-Präsidiumszeit den Weiterbau der A1 und der A60 forderte).

Die zweite und wichtigste Gruppe sind die großen Naturschutzverbände. Im Kern sind das der BUND, der Naturschutzbund und der WWF Deutschland, zum Teil können auch die Naturfreunde oder einige andere Umweltverbände hinzugerechnet werden. Diese Verbände sind zentral verantwortlich für die Schwäche des DNR, weil sie sich so besser selbst profilieren können. Gerade BUND, Naturschutzbund und WWF haben sich in den vergangenen Jahren immer durch fehlende Kooperationsbereitschaft ausgezeichnet. Im DNR sitzen sie überproportional stark

im Vorstand und haben einen wesentlichen Einfluß auf das Geschehen. Die beschriebene Gruppe hat sich als "Verbändeforum im DNR" eine eigene Arbeitsstruktur gegeben.

Die Gründung des BUND bundesweit war damals eine Antwort auf den schwachen DNR. Heute, wo der BUND das ändern könnte, will er es nicht mehr. Zur Zeit gibt es eine strategische Zusammenarbeit von BUND, Naturschutzbund und WWF. Sie koordinieren die wesentlichen Naturschutzaktivitäten (Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktionen usw.) unter sich, während der DNR oder auch andere Umweltverbände unbeachtet bleiben. Ziel dieser Kungelei ist nicht die optimale Stärke des Naturschutzes, sondern das optimale Ergebnis für den eigenen Verband. Auf dem Weg zu einem Verband befindet sich zur Zeit die Grüne Liga, die 1990 mit Netzwerkstrukturen startete.

Als dritte Gruppe finden sich dann noch weitere, kleinere oder im DNR wenig engagierte Umweltverbände wie Robin Wood oder der BBU. Mitte der 80er Jahre trat der Deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung (DJN, Jugendverband ohne Erwachsenenverband, also auch ohne KarrieristInnen) aus Protest gegen die Politik des DNR aus.

Der Vorstand: Kaum unabhängige Personen

Die Vorstandsliste liest sich wie ein "Who ist who?" des deutschen Naturschutzes. Hinter den bekannten Namen aber stecken Personen, die längst nicht mehr unabhängig sind. Ihnen sitzt eine Minderheit weiterer gegenüber, die sich mit ihren Ideen nicht durchsetzen können bzw. es angesichts der Schwäche des DNR auch nicht immer wollen.

Bis Anfang der 90er Jahre war der DNR-Vorstand vor allem von regierungsnahen Personen geprägt, Mitglie-

der von Parteien (z.B. der langjährige Vize-Präsident Sander, SPD) oder Hauptamtliche in Ämtern und Behörden.. In den letzten Jahren sind die Posten stärker von den prägenden Verbänden im DNR besetzt worden.

Die wesentlichen Drahtzieher des DNR sind (Stand 1997):

- Präsident Prof. Wolfgang Engelhardt: Seit vielen Jahrzehnten in Spitzenpositionen des deutschen Naturschutzes. Neben seiner Führungsposition im DNR ist er stellvertretender Vorsitzender des Vergaberates bei der Deutschen Umweltstiftung. Insgesamt ist er auf der Bonner Regierungsebene mit vielen Personen direkt bekannt. Wolfgang Engelhardt ist Mitglied der CSU.

- Schatzmeister Jürgen Resch: Resch ist Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe und hatte diesen Posten bis vor kurzen auch bei der im gleichen Büro sitzenden Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), für die er auch jetzt noch nebenberuflich arbeitet. Resch ist einer der beiden Hauptdrahtzieher in schmutzigen Spendengeschäften. Die Deutsche Umwelthilfe und nochmehr Euronatur sind vor allem von BUND sowie in zweiter Linie vom Naturschutzbund gegründet worden, um Gelder zu waschen, d.h. Spenden anzunehmen, die der Verband nicht direkt annehmen will, um sein Image nicht zu schädigen. Hauptgeldgeber sind Luft hansa und Daimler-Benz, die Kooperationspartner reichen bis zur Weltbank und der GTZ (offizielle Entwicklungshilfeeinrichtung der Bundesregierung). Resch gilt als einer der großen Geldstrategen, der überall Verbindungen aufbaut, um große Geldsummen dirigieren zu können.

- Beisitzer Jochen Flasbarth: Flasbarth ist Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), der ihn für diesen Posten auch hauptamtlich bezahlt.

Flasbarth gehört keiner Partei an, hat aber in den wenigen Jahren seiner Präsidentschaft im NABU gezeigt, daß er mit Politik und Wirtschaft umzugehen weiß - und zwar im Sinne einer Anbiederung, um Geld und kurzfristige Prestigeerfolge zu erringen. So wurde er 1996 von Gruppen der Grünen Liga angegriffen, als er zusammen mit der Otto-Stiftung in geheimen Kungelrunden eine Einigung über den Elbeausbau mit Bundesverkehrsminister Wissmann erreichte und sich dafür öffentlich feierte. Kooperationen ging Flasbarth mit der Commerzbank ein, in den NABU-Vorstand holte er weitere Industrielle. Wie wenig politischen Spürsinn Flasbarth hat, bewies er während der NIX³-Proteste im Wendland. Während sich dort AtomkraftgegnerInnen für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzten, ging Flasbarth unter großem Medienrummel mit Atomministerin Merkel in den Wald und malte Spechte auf Bäume, die nicht gefällt werden sollten. Innerverbandlich ist Flasbarth ein Vertreter einer geschlossenen Verbandslinie und hat Kritiker auch schon aus dem Verband geworfen.

Auf dem Deutschen Umwelttag 1992 quittierte Flasbarth die Kritik an der Dominanz der Industrie mit dem verbalen Niedermachen der KritikerInnen und bedauerte die Abwesenheit der Automobilkonzerne (siehe Kap. ...).

- Beisitzer Hubert Weinzierl: Bekannt ist neben seiner Tätigkeit als (ehrenamtlicher) Vorsitzender des BUND bundesweit und in Bayern inzwischen auch seine Tendenz in rechtskonservative Kreise (siehe entsprechende Buchveröffentlichungen). Besonders deutlich wurde Weinzierls Neigung, als er bei der Kampfabstimmung zwischen Prof. Thielcke und Herbert Gruhl um den BUND-Bundesvorsitz den späteren ÖDP-Mann Gruhl unterstützte - allerdings vergeblich, denn Thielcke wurde

gewählt. Nach mündlichen Aussagen verschiedener BUNDlerInnen ist Weinzierl Mitglied der SPD. Das würde auch zu seinem Umfeld im BUND passen, auch die stellv. Vorsitzende, Angelika Zahrm, ist SPD-Frau. Ihre Vorgängerin, Ulrike Mehl, wechselte sogar direkt als SPD-Abgeordnete in den Bundestag.

- Weitere VorständlerInnen: Für die Naturfreunde sitzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Müller im Vorstand. Einzige Frau des seit der Gründung männerdominierten Verbandes ist Gerlinde Hofmann von der Reitervereinigung. Weitere Vorständler: Albert Lippert, Klaus Hübner, Leif Miller, Joachim Schmidt. Letzterer ist Jugendvertreter und wurde trotz eines gegenteiligen Vorschlages der Jugendvertretung des DNR in den Vorstand berufen - eingefädelt von einigen der großen Jugendorganisationen.

Finanzielle Abhängigkeit und politische Anbiederung

Der DNR steht als einzeln aufgeführter Posten im Haushalt der Bundesregierung. Er ist von diesen institutionellen Zuwendungen weitgehend abhängig. Statt eigenständige Finanzhoheit müssen alle Ausgaben und Haushaltsplanänderungen mit dem Bundesumweltministerium abgeklärt werden. Die hauptamtlichen Kräfte und die zentralen Mittel sind somit vom Wohlwollen der Bundesregierung voll abhängig. Bemerkenswert waren die verschiedenen Belobigungen seitens der großen Umweltverbände und des DNR rund um die Rio-Konferenz 1992. Während die Medien den Umweltgipfel als Fehlschlag werteten, lobten die UmweltschützerInnen Bundesregierung und die gerade noch zustande gekommenen Ergebnispapiere (Agenda 21 usw.). Im nationalen Komitee zur Vorberei

tung der Umweltkonferenz wurde der Text der Bundesregierung von den Vertretern des BUND (Hubert Weinzierl), des Naturschutzbundes und des Deutschen Naturschutzringes unterstützt.

Der DNR in "Aktion"

In der Regel startet der DNR überhaupt keine Aktionen bzw. beteiligt sich auch nicht an anderen. Beispielhaft für die wenigen Aktivitäten sind der Deutsche Umwelttag 1992, der wesentlich über den DNR inszeniert wurde und der "Ökologische Marshallplan". Beide haben eines gemeinsam: Eine inhaltliche Beliebigkeit mit der Vorliebe, klangvolle Industrie- und Politikernamen zu gewinnen. Ökologische Forderungen oder die Beteiligung vieler Basisgruppen, waren den DNR-Funktionären dabei immer gleichgültig.

- Deutscher Umwelttag 1992: Während die Basisgruppen im Umweltschutz schon im Vorfeld z.B. vom Geschäftsführer Weintz und auf dem Umwelttag von NABU-Präsident und DUT-Vizechef Flasbarth beschimpft wurden und folglich kaum kamen, gab es eine fast unglaubliche Anbiederung an die Industrie sowie teilweise auch an die Politik.

Der DNR war der Kritik am DUT ebensowenig offen wie die Veranstalter selbst. Der DUT wurde im DNR initiiert, der DUT-Trägerkreis hat große Ähnlichkeit mit den dominierenden Verbänden im DNR.

- Der Ökologische Marshallplan: Er entstand, um angeblich die Umsetzung der Beschlüsse der Rio-Konferenz umsetzen zu helfen. Initiator war unter anderem Johannes Karl, CDU-Mann aus Niedersachsen, der in der Umweltbewegung auch andernorts schon "merkwürdig" auffiel, Scheinaktionen durchführte

und an verschiedenen Punkten Einfluß zu nehmen versuchte. Inhaltlich ist der Marshallplan dünn. Er beruft sich recht unkritisch auf das Buch "Wege zum Gleichgewicht" von Al Gore und trägt ökoimperialistische Züge (Eindämmung der Bevölkerungsexplosion, Schutz des Tropenwaldes als Hauptziele, kaum Forderungen für Projekte in Europa bzw. Deutschland).

Bemerkenswert ist, wie schnell eine lange Liste von ErstunterzeichnerInnen zusammenkam. Allein diese Liste hätte für jedeN weitereN UnterzeichnerIn abschreckend genug sein müssen. Es finden sich: Jo Leinen, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Ernst U. von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel (alle SPD), Joschka Fischer (GRÜNE), Wolfgang Rauls (FDP), Rainer Eppelmann, Lutz Wicke (CDU), Alfred Mechttersheimer, Junge Union, ÖDP, Betriebsrat der Commerzbank, Komitee für Gerechtigkeit (Gründung von Peter M. Diestel und Gregor Gysi) und AEG (Daimler-Benz-Firma). Mit dabei auch der Vorstand des Deutschen Naturschutzringes.

- Die Ökologische Steuerreform: Mitte 1997 präsentierte der Deutsche Naturschutzring der Öffentlichkeit einen neuen Vorschlag für eine Steuerreform, in deren Mittelpunkt eine kontinuierlich steigende Abgabe auf den Energieverbrauch lag. Noch wenige Jahre vorher war ein solcher Vorschlag an der FDP und dem BDI (Bundesverband Deutscher Industrie) gescheitert. Diesmal wollten die DNR-Strategen um die Vorstandsmitglieder Jochen Flasbarth und Armin Torbecke (inzwischen ausgeschieden) und den hauptamtlichen Sachbearbeiter Martin Rocholl ganz sicher gehen: Die Großenergieverbraucher sollten deutlich weniger Steuern zahlen. Als offizielle Begründung wurde

angegeben, daß damit ein Abwandern ins Ausland verhindert werden sollte. Die eigentlichen Ziele aber wurden schnell deutlich, daß die Broschüre zum Thema erschien: BAYER, Daimler-Tochter AEG, CDU-Mann Schäuble, der bayr. Landtag und andere lobten dort den DNR-Vorschlag in höchsten Tönen. Dem DNR war das nicht peinlich, sondern zusätzlicher Ansporn. Ginge es nach dem DNR-Vorschlag, so würden in Zukunft also die Chlorchemie, die Stahl- und Aluminiumproduktion, Zementfirmen und andere begünstigt. Strom beim Spülen der Mehrwegflaschen wäre dann teurer als der zur Produktion von Dosen usw. Immerhin: Der DNR-Vorschlag wurde vorher allen Mitgliedsverbänden vorgelegt. Robin Wood, Grüne Liga, BUND, BBU sowie viele weitere Verbände, Institute usw. tragen das Papier offiziell mit!

- EXPO 2000: Anfang der 90er Jahre fällt der DNR einen Beschluß, daß das Mitmachen bei der EXPO und die Mitgliedschaft im DNR unvereinbar sind. Mitte der 90er Jahre allerdings entstanden immer größere Begehrlichkeiten, obwohl die EXPO gerade zu der Zeit unter Chefin Breuel zu einer reinen Wirtschaftsschau wurde. Geheimtreffen und z.B. die Vorabsprache, daß der DNR-Schatzmeister Jürgen Resch bei der EXPO mitmachen sollte, führten schließlich Ende 1996 zu einer neuen Abstimmung: Der DNR empfiehlt nun nur noch die Nichtteilnahme. Daraufhin gab es etliche intensivere Kontakte, das direkte Mitwirken wurde vorbereitet.

Die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen

Ebenfalls als Dachverband organisiert ist die AGU. Sie hat nur eine Funktion:

Organisation eines direkten Austausches aller am Thema Umweltschutz interessierter Verbände, Konzerne usw. Mitmachen kann aber nur, wer Mitglied wird - und das kostet vor allem erstmal einiges Geld. BIs, Netzwerke usw. haben keine Chance, womit in der Regel der radikalere Teil der Umweltschutzbewegung außen vor bleibt. Doch selbst ihr Mitmachen würde wenig helfen. RegierungsvertreterInnen, Konzerne, Gewerkschaften usw. haben gegenüber den UmweltschützerInnen eine eindeutige Mehrheit.

Die AGU selbst ist in viele Arbeitskreise aufgespalten, in denen aktuelle Fragen, vor allem neue Vorhaben der Bundesregierung (Gesetzesänderungen usw.) diskutiert werden. Laut Protokollen und Berichten aus den Sitzungen kommt es zu gar keinem Austausch, nach konsequenter RednerInnenliste und ohne große Aussprachemöglichkeiten nehmen die VertreterInnen aus ihrer Sicht Stellung. Teilweise erfolgen auch Abstimmungen, jedoch ohne irgendeine bindende Wirkung. Für die Bundesregierung bietet die AGU mit ihren Arbeitskreisen die einmalige Chance, im Vorfeld die Reaktion der Umweltorganisationen, Firmen usw. auf ihre Pläne auszutesten. Sie können ihre Vorhaben bzw. die Umsetzungs- und Öffentlichkeitsarbeitsstrategie entsprechend darauf einstellen. Die UmweltschützerInnen haben von ihrer Mitarbeit wenig, höchstens in einigen Fällen genauere Informationen über Vorhaben (wobei die Vorstellung nicht schwerfällt, daß die RegierungsvertreterInnen nur selten mit offenen Karten spielen). Insgesamt nützt diese Gremienarbeit nur den GegnerInnen des Umweltschutzes, da sie frühzeitig die Position der Umweltschutzverbände kennen.

Möglich ist aber auch, daß die Arbeits-

gemeinschaft für Umweltfragen einer der Orte ist, an denen die Mitte der 90er Jahre entstandenen Bündnisse zwischen Umweltverbänden und Politik bzw. Industrie geschmiedet wurden. Angesichts der Millionenbeträge, die inzwischen aus den Kassen der Konzerne und des Staates in die Verbände fließen, ist leicht erklärbar, warum sich die Umweltverbände so nach den Gremienposten sehnen - obwohl es für die Sache der Umwelt nichts bringt, höchstens Schaden (siehe oben). Regelmäßig aber kommt es zu Streitereien zwischen den Verbänden, wer die den UmweltschützerInnen offenstehenden Plätze besetzen darf.

Daß die Umweltorganisationen dafür, daß sie der Bundesregierung ihre Positionen vor der öffentlichen Auseinandersetzung (falls diese dann überhaupt noch geführt wird) ihre Positionen verraten, auch noch einen hohen Mitgliedsbeitrag bezahlen, mutet schon merkwürdig an. Der Kontakt zu Wirtschaft und Politik scheint viel wert zu sein.

In jedem Fall ist die AGU eine durch die bürokratische Struktur handlungsfähige Organisation, von der keinerlei Impulse für den Umweltschutz ausgehen. Schon die Vorbereitung der Treffen erfolgt so, daß Überraschungen nicht gewollt und in diesem Rahmen auch nicht möglich sind.

Dachverbände zu bestimmten Zwecken

Für etliche Anlässe haben die großen Verbände gesonderte Bündnisse gegründet. Dabei ist immer die Form des Dachverbandes gewählt worden, da diese den großen Umweltverbänden einen direkten Einfluß sichert. Kleinere oder weniger organisierte Gruppen haben in einem solchen Organisationsmodell nur

eine Randrolle oder können wegen der Aufnahmekriterien (Anforderungen an Mindestmitgliederzahl, Beitragshöhe usw.) gar nicht mitmachen.

Der bekannteste Zweckverband war der Deutsche Umweltag e.V. (siehe gesonderter Abschnitt in Kap. 5.2.2). Auch das Europäische Umweltbüro, eine Gemeinschaftsvertretung der großen Verbände, gehört zu solchen Konstruktionen. Unterschiedlich ist, wie offen diese Strukturen für Initiativen bzw. unorganisierte Gruppen sind. In der Regel wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben, der deren Möglichkeiten übersteigt (z.B. beim Deutschen Umweltag 40000,- DM). Bei internationalen Vereinigungen übernimmt oft der Deutsche Naturschutzring die gemeinschaftliche Vertretung seiner Mitgliedsverbände. Nicht-DNR-Gruppen bleiben dann außen vor.

Landesweite Dachorganisationen

Nur in wenigen Bundesländern haben sich die Umweltverbände bzw. ein wesentlicher Teil von ihnen zu landesweiten Dachverbänden zusammengeschlossen. Meist geschah das auch auf Anlaß der jeweiligen Landesregierung und war verbunden mit finanziellen oder materiellen Unterstützungen. Die Abneigung der Verbände rührt aus der eigenen Profilierungssucht. Alles, was über einen Dachverband läuft, kann schlecht der eigenen Außendarstellung dienen. Daher klappen eher gemeinsame Pressemitteilungen oder ähnliches, in denen die Verbandsnamen nebeneinander stehen, als gemeinsame Projekte oder gar ein Zusammenschluß, bei denen eigene Namen genutzt werden und die Einzelverbände in den Hintergrund treten.

Ist jedoch der Nutzen (Geld, Personal) höher und an die Bildung eines Dachverbandes gekoppelt, so lassen sich die sonst auf Verbandsgrenzen bedachten Organisationen zusammenbringen. Grund ist meist die Koordinierung der Stellungnahmen zu Planungen (Mitwirkung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz). Die Landesregierung zahlt die Zuschüsse für Büroräum und hauptamtliche Kräfte, wenn diese die Stellungnahmen der Verbände bündeln. Für die Regierung zahlt sich solches auch aus: Aus mehreren, potentiell kritischen Beteiligten wird eine einzige Stelle - und die ist finanziell noch abhängig. Insofern dient das Verfahren von Seiten der Regierungen auch der Förderung staatsnaher Organisationsstrukturen in den Verbänden. Unabhängige Stimmen haben kaum noch eine Chance, weil die Umweltverbände mit einer (von Staat finanzierten!) Stimme reden. Wenn daneben noch Einzelpersonen, Projektgruppen oder Bürgerinitiativen mit abweichenden

Stellungnahmen kommen, haben sie kaum eine Chance, Gehör zu finden. Beispiele für Dachverbände:

- Landesnaturschutzverbände wie in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, wenn auch z.B. bei letzterem gerade die großen Verbände wieder ausgetreten sind wegen interner Streitigkeiten und dem Streben nach eigener Profilierung der Einzelverbände.
- Naturschutzzentren oder andere Einrichtungen, die neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch noch wesentliche Koordinationsaufgaben der Verbände untereinander bzw. zwischen ihnen und dem Staat haben. So ist z.B. das Naturschutzzentrum Hessen Koordinationsstelle für den Jugendbereich im Naturschutz (es gibt keine selbstorganisierte, von Jugendlichen getragene Zusammenarbeit der Jugendumweltverbände in Hessen!), die Umweltbildung usw., zudem hat das NZH die entscheidende Stimme bei der Vergabe von Naturschutzmitteln in vielen Bereichen.

Aktionen und Veranstaltungen:

- Regionalzeitung Widerhaken
- Infodienst "Ö-Punkte"
- Seminare, Vorträge usw. in der "Unabhängigen Volkshochschule"
- Widerstand gegen Golfplätze, Gentfelder, Atom, Straßen usw.
- Flüchtlingshilfe und vieles mehr

Tagungshaus (18 Betten)
inmitten eines spannenden Aktionszentrums

Bibliotheken, Archive, Werkstätten, Seminarräume usw. - offen für alle Bis, Gruppen usw.

Infopakete mit aktuellen Zeitungen, Terminen usw. sowie Infos über Mitmachmöglichkeiten, Mitwohnen, Praktikums usw. gegen 5 DM bei **Projektwerkstatt im Kreis Gießen**
Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen-Saasen Tel. 06401/903283

Spenden (abzugsfähig): "Förderverein", Nr. 2508788, Volksbank Busecker Tal, BLZ 51362617

Projektwerkstatt
Arbeitsgemeinschaft für Umweltprojekte und Umweltschutz